



Pressemitteilung

Pressereferat

der Landeshauptstadt Wiesbaden
Schlossplatz 6 · 65183 Wiesbaden
E-Mail: pressereferat@wiesbaden.de
<http://www.wiesbaden.de/presse>

29. Januar 2019

Planen Bauen Wohnen, Beruf & Bildung, Rathaus, Stadtpolitik, Homepage, Kinder & Jugend

Zwei neue Gymnasien für Wiesbaden – Dotzheim und Kastel vorgesehen

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am Dienstag, 29. Januar, die Sitzungsvorlage für ein weiteres Wiesbadener Gymnasium in den Beratungslauf gegeben. „Überraschend, aber städtebaulich geschickt, sollen gleich zwei Standorte geplant werden. Dies führt dazu, dass mit entsprechender zeitlicher Versetzung dem steigenden Bedarf an Gymnasialplätzen in Wiesbaden entsprochen werden könnte und ein weiteres neues Gymnasium zum Schuljahr 2026/2027 in Betrieb gehen könnte“, erläutert Stadtkämmerer und Schuldezernent Axel Imholz das Vorgehen.

An der Stegerwaldstraße in Dotzheim steht ein städtisches Grundstück unterhalb des Neubaus der HSK zur Verfügung, von dem eine Teilfläche von maximal 20.000 Quadratmetern für den Neubau eines Gymnasiums inklusive einer Zwei-Feld-Turnhalle zur Verfügung gestellt werden soll.

Im Bereich Kastel-Housing befindet sich die benötigte Grundstücksfläche noch im Besitz des Bundes und wird derzeit noch von den amerikanischen Streitkräften genutzt. Die Verhandlungen zum Ankauf der Flächen sind im Gange. Auf dem Areal soll zusätzlich eine Vier-Feld-Sporthalle geplant werden, die von der bestehenden Grundschule und dem neuen Gymnasium gemeinsam genutzt werden soll.

„Beide Standorte bieten die Möglichkeit der wohnortnahen Versorgung mit

Gymnasialplätzen. Sowohl im westlichen Teil der Stadt, wie auch im südöstlichen Teil der Stadt ist bisher kein Gymnasium vorhanden“, stellt Schuldezernent Imholz zur Standortfrage klar.

„Aktuell gehen wir von einem groben Kostenplan auf Basis von Baukosten in 2017/2018 aus. Hierbei handelt es sich um Mindestwerte, die durch die momentan steigenden Baupreise im tatsächlichen Bauzeitraum auch deutlich höher sein können“, so Imholz. Der Plan stellt sich derzeit wie folgt dar: 36 Millionen Euro für ein fünf-zügiges Gymnasium, drei bis vier Millionen Euro für die Einrichtung eines fünf-zügigen-Gymnasiums, 6,5 Millionen Euro für eine Zwei-Feld-Turnhalle und zwölf Millionen Euro für eine Vier-Feld-Sporthalle.

Um ein erstes neues Gymnasium zum Schuljahr 2023/24 beziehen zu können, sei der Start in die Planung umgehend erforderlich. Die Entscheidung für den Standort des ersten neuen Gymnasiums soll nach Vorliegen erster Planungen für beide Gymnasien spätestens bis zum 30. Juni 2019 getroffen werden.

Für den Vorlaufbetrieb des ersten neuen Gymnasiums werden ab dem Schuljahr 2020/21 mobile Raumeinheiten genutzt. „Mit dem Start des Schulbetriebs zum Schuljahr 2020/2021 in einem mobilen Raumsystem wird sichergestellt, dass die Nachfrage nach Gymnasialplätzen in Wiesbaden abgedeckt werden kann“, macht der Schuldezernent die Dringlichkeit nochmals deutlich.

Die Planungen für das zweite Gymnasium werden nach der Entscheidung über den Standort für das erste Gymnasium ausgesetzt und im Jahre 2023 wieder aufgenommen. „Die frühe Festlegung auf das Areal Kastel-Housing als Standort für ein Gymnasium ermöglicht die frühzeitige Einbindung in die dort anstehende weitere städtebauliche Planung“, so Imholz.

Für den Standort in Dotzheim muss die Anbindung an den ÖPNV optimiert werden. Dies betrifft insbesondere die Taktung zum Schulbeginn und –ende sowie den Einsatz von Schulbussen, die den Standort direkter anfahren. Ein entsprechender Auftrag an das Verkehrsdezernat wird ebenfalls erteilt.

Die Festlegung welche pädagogische Ausrichtung die neuen Gymnasien jeweils haben sollen, wird von einem Planungsteam des Staatlichen Schulamtes in Verbindung mit dem Schulträger festgelegt.

Da das erste neue Gymnasium ab dem Schuljahr 2020/21 seinen Vorlaufbetrieb aufnehmen soll und damit ab Herbst 2019 in den „Werbeveranstaltungen“ für die Eltern der 4. Klassen mit seinem Angebot werben muss, ist es unbedingt erforderlich, dass das Gymnasium einen Namen hat. „Die beiden zuständigen Ortsbeiräte werden nun gebeten, sich auf Namenssuche zu begeben“, sagt der Schuldezernent abschließend.

+++